

Immer mehr Erwerbstätige empfinden ihr Einkommen als ungerecht

Stefan Liebig
stefan.liebig@uni-due.de

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

Seit einiger Zeit mehren sich die Stimmen, die für Deutschland eine „soziale Schieflage“ konstatieren und im Namen sozialer Gerechtigkeit Korrekturen fordern. So haben die Reallöhne in den vergangenen Jahren stagniert, teilweise sind sie sogar zurückgegangen. Zugleich kann eine Zunahme von Einkommensungleichheit beobachtet werden.

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der subjektiven Bewertung der eigenen Einkommensposition wider. Der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die sich ungerecht entlohnt fühlen, hat von rund 26 Prozent im Jahr 2005 auf rund 35 Prozent im Jahr 2007 zugenommen. In Westdeutschland war der Anstieg deutlich stärker als in Ostdeutschland. Vor allem bei den Beziehern mittlerer Einkommen verstärkt sich offenbar das Gefühl, ein ungerechtfertigt niedriges Einkommen zu erhalten.

Die Analyse zeigt auch, dass individuell empfundene Ungerechtigkeit durchaus gesellschaftlich bedeutsame Konsequenzen haben kann. So weisen diejenigen, die sich ungerecht entlohnt fühlen, mehr krankheitsbedingte Fehltage auf als andere Beschäftigte.

In der empirischen Gerechtigkeitsforschung wird versucht, zu messen und zu beschreiben, was von welchen Bevölkerungsgruppen aus welchem Grund als gerecht oder ungerecht angesehen wird.¹ Darüber hinaus geht es aber auch um die Folgen, die sich aus empfundener (Un-)Gerechtigkeit für den Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt ergeben.

Empirische Befunde zeigen, dass das Erleben von Ungerechtigkeiten durchaus nachhaltige Konsequenzen für die Einstellungen und Handlungen des Einzelnen hat. Die vor allem in der Psychologie und Ökonomie durchgeführten Studien sind jedoch insofern problematisch, als sie sich in der Regel auf wenige Beobachtungen, meist von Studierenden, unter Laborbedingungen beziehen.²

Im Rahmen der Längsschnitterhebung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) des DIW Berlin, die jährlich vom Umfrageinstitut TNS Infratest Sozialforschung in München durchgeführt wird, liegen nun Daten über die Vorstellungen zur Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens in den Jahren 2005 und 2007 vor. Dank des Längsschnittcharakters der Erhebung können dabei auch individuelle Verläufe nachgezeichnet und

¹ Vgl. hierzu insbesondere die Arbeiten der deutschen Arbeitsgruppe des Internationalen Social Justice Project (ISJP), die seit 1991 von Bernd Wegener am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (www.isjp.de) geleitet wird.

² Derartige Laborexperimente weisen zwar den Vorteil auf, dass sich hier vermutete Wirkungsmechanismen durch die Ausschaltung von Störeffekten sehr exakt beobachten und bestimmen lassen. Gleichwohl geschieht dies um den Preis der Vereinfachung und letztlich der Künstlichkeit der Situation, die nur noch wenig Bezug zur tatsächlichen Lebenswelt der Probanden aufweist, zumal es sich bei den Teilnehmern derartiger Experimente in den meisten Fällen um spezielle Populationen – in der Regel Studierende der entsprechenden Fachdisziplinen – handelt. Eine Verallgemeinerung auf die in der Bevölkerung tatsächlich zu beobachtenden (Un-)Gerechtigkeitsempfindungen und deren Konsequenzen ist deshalb nicht immer möglich.

Fünf Fragen an Jürgen Schupp

Mittelschicht immer unzufriedener mit Arbeitseinkommen

Herr Prof. Schupp, in ihrer Studie stellen Sie zusammen mit Stefan Liebig von der Universität Duisburg-Essen fest, dass in Deutschland die subjektive Lohn-Ungerechtigkeit zugenommen hat. Wächst die Kluft zwischen arm und reich?

Mehrere Studien haben gezeigt, dass die Realeinkommen in den vergangenen Jahren nicht gestiegen, sondern in vielen Bevölkerungsgruppen sogar gesunken sind. Zudem war von 2000 bis 2006 eine wachsende Polarisierung der Einkommensverteilung zu beobachten. Das heißt: Einkommensungleichheiten haben zugenommen, wobei die oberen und unteren Einkommensgruppen vermehrt auseinanderdrifteten. Unsere Studie zeigt nun das subjektive Bild dieser Veränderungsprozesse im Einkommensgefüge. Dabei stellen wir tatsächlich fest, dass das Ungerechtigkeitsempfinden über die eigene Einkommenshöhe bei den Menschen gewachsen ist, insbesondere in Westdeutschland.

Man unterscheidet zwischen hohen, mittleren und geringen Einkommen. Was hat sich in dem Zeitraum, den Sie untersucht haben, also in der Zeit von 2005 bis 2007, konkret verändert?

Sowohl 2005 als auch 2007 ist die höchste Unzufriedenheit im unteren Einkommensbereich anzutreffen. Beim Blick auf die individuellen Veränderungen sehen wir dann bei der Gerechtigkeitsbewertung zwar einerseits eine hohe individuelle Stabilität, ein Einkommen als gerecht oder ungerecht zu empfinden. Die größte Bewegung stellen wir andererseits im mittleren Einkommensbereich fest. Die Zunahme gefühlter Einkommensungerechtigkeit stellt also weniger ein Problem der Bezieher geringerer Einkommen als vielmehr der Mittelschicht dar.

Kann man sagen, wann ein Lohn als gerecht oder ungerecht empfunden wird; welche Kriterien legen sie an?

Wir geben keine normativen Kriterien vor, um über gerecht oder ungerecht eine endgültige Aussage treffen zu können. Wenn man freilich Individuen fragt, was ihr ganz persönliches Ge-

rechtigkeitsempfinden zu ihrem Einkommen ist, geben sie durchaus konsistente Antworten.

Für die Einen sind zunehmende Einkommensungleichheiten Ausdruck sozialer Ungerechtigkeit, für die Anderen kennzeichnen sie eine sozial gerechte Gesellschaft, weil die Ungleichheit die individuellen Leistungsunterschiede widerspiegelt.

Wie reagieren Menschen, wenn Sie ihr eigenes Einkommen dauerhaft als ungerecht empfinden?

In einer früheren Studie haben wir gezeigt, dass Menschen, die sich ungerecht entlohnt fühlen, mit größerer Wahrscheinlichkeit nicht zur Wahlurne gehen, als diejenigen, die ihr Einkommen als gerecht empfinden. In der aktuellen Studie haben wir auch ökonomische und betriebswirtschaftliche Folgen untersucht. Wir können zeigen, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen subjektiv wahrgenommener Ungerechtigkeit und krankheitsbedingten Fehltagen besteht. Das bedeutet, dass durch eine ungerecht empfundene Bezahlung neben den individuellen gesundheitlichen Beeinträchtigungen auch Kosten zu Buche schlagen, die eine Belastung für die Volkswirtschaft darstellen können. Insofern sollten von klugen Unternehmern und Managern Aussagen über die Zufriedenheit nicht als reiner „Subjektivismus“ abgetan werden.

Welche Möglichkeiten hat die Politik, hier gegenzusteuern?

Die Politik ist gut beraten, wenn sie auch die empfundene Einkommensentwicklung bei den Bürgern genau beobachtet. Sie sollte ein besonderes Augenmerk darauf legen, Entlastungen bei den Abgaben der Bürger besser zu kommunizieren. Sie sollte außerdem überlegen, wie sie mit Belastungen umgeht, die in den Sozialabgaben enthalten sind. Denn diese Kosten treffen die mittleren Einkommensgruppen besonders stark. Und diese sind besonders unzufrieden.



Prof. Dr. Jürgen Schupp,
stellvertretender Leiter
der Abteilung
Längsschnittstudie
Sozio-oekonomisches
Panel (SOEP)
im DIW Berlin

» Lohnungerechtigkeit belastet die Volkswirtschaft «

Das Gespräch führte
Dietmar Neuerer.

Das Interview zum
Anhören finden Sie auf
www.diw.de

Tabelle 1

Erwerbstätige¹, die ihr Einkommen als ungerecht einschätzen²

Anteile in Prozent

	2005			2007		
	Insgesamt	Westdeutschland	Ostdeutschland	Insgesamt	Westdeutschland	Ostdeutschland
Insgesamt	26	23	43	35	32	48
Abhängig Beschäftigte	26	23	44	35	32	49
Selbständige	23	20	36	29	26	41
Durchgehende abhängige Beschäftigung (2005 bis 2007)	25	22	43	35	32	51
beim selben Arbeitgeber	28	25	41	38	35	54
mit Arbeitgeberwechsel 2006 oder 2007	42	36	66	35	33	45
Aufnahme einer abhängigen Beschäftigung 2006 oder 2007	–	–	–	30	27	39

¹ Personen, die 2005 und 2007 befragt wurden und mindestens an einem Zeitpunkt erwerbstätig waren; ohne Personen in Ausbildung.² Frage im SOEP: „Ist das Einkommen, das Sie in ihrer jetzigen Stelle verdienen, aus Ihrer Sicht gerecht?“ Die Befragten konnten mit „Ja“ oder „Nein“ antworten.

Quelle: SOEP 2005, 2007.

DIW Berlin 2008

mit der tatsächlichen Einkommensentwicklung verglichen werden.³

Empfundene Einkommensungerechtigkeit gestiegen

Die in Tabelle 1 dargestellten Resultate zeigen, dass das subjektive Ungerechtigkeitsempfinden bezüglich des eigenen Netto-Erwerbseinkommens im Beobachtungszeitraum zugenommen hat. Insgesamt bewerteten 2005 rund 26 Prozent aller Erwerbstätigen in Deutschland ihr Erwerbseinkommen als ungerecht. Differenziert man nach alten und neuen Bundesländern, zeigt sich, dass dies bei 23 Prozent der Erwerbstätigen im Westen und bei 43 Prozent im Osten der Fall war. Bis 2007 erhöhte sich der Anteil derjenigen, die ihr Einkommen als ungerecht einstufen, auf rund 35 Prozent. Im Westen war der Anstieg mit neun Prozentpunkten deutlich stärker als im Osten (fünf Prozentpunkte).

³ Liebig, S., Schupp, J.: Entlohnungsungerechtigkeit in Deutschland? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 47/2004; sowie Liebig, S., Schupp, J.: Leistungs- oder Bedarfsgerechtigkeit – Über einen normativen Zielkonflikt des Wohlfahrtsstaats und seine Bedeutung für die Bewertung des eigenen Erwerbseinkommens. In: Soziale Welt 59(1), 2008, 7-30.

Es handelt sich hier um eine Verlaufs-Betrachtung der „sozialen Kohorte“ der im Jahr 2005 Erwerbstätigen und deren individuelle Entwicklung bis 2007. Grundsätzlich sind vier Bewertungsmuster möglich. Die Einkommen können zu beiden Zeitpunkten entweder als gerecht oder als ungerecht erachtet werden. Demgegenüber kann sich die Bewertung auch ändern – sei es, weil die Einkommen selbst sich verändert haben oder weil allein die subjektiven Maßstäbe, an denen man sein Einkommen misst, sich geändert haben. Die entsprechenden Muster sind dann: Das Einkommen ist 2007 gerecht, während es 2005 ungerecht war; oder umgekehrt: Es ist 2007 ungerecht und war 2005 gerecht (Tabelle 2). Stabil als ungerecht empfundene Einkommen stellt man bei rund 19 Prozent der Erwerbstätigen fest, stabile Gerechtigkeit hingegen bei 59 Prozent. Ein Wandel in der Bewertung des eigenen Einkommens von 2005 auf 2007 ist somit bei 22 Prozent der zu beiden Zeitpunkten Beschäftigten eingetreten. 15 Prozent betrachteten ihr Einkommen im Jahr 2007 im Unterschied zu 2005 als ungerecht, die umgekehrte Entwicklung ist bei sieben Prozent der Erwerbstätigen festzustellen.

Verschlechterung der Bewertung vor allem im mittleren und oberen Einkommensbereich

Da die Entwicklung der Einkommen in den vergangenen Jahren bei den einzelnen Gruppen von Erwerbstätigen ganz unterschiedlich war, können hoch aggregierte Daten nur eine grobe Orientierung bieten. Ein differenzierteres Bild zeigt sich, wenn die Gerechtigkeitsbewertungen zu beiden Zeitpunkten in den einzelnen Einkommensgruppen genauer betrachtet werden. Die vier möglichen Antwortmuster verteilen sich sehr unterschiedlich auf die Einkommensgruppen

Tabelle 2

Veränderung der Einkommensbewertung von 2005 bis 2007

Anteile in Prozent

		2007					
		Insgesamt		Westdeutschland		Ostdeutschland	
		ungerecht	gerecht	ungerecht	gerecht	ungerecht	gerecht
2005	ungerecht	19	7	16	7	32	9
	gerecht	15	59	15	62	16	43

N = 7 531, längsschnittgewichtet.

Quelle: SOEP 2005, 2007

DIW Berlin 2008

(Abbildung). Am höchsten ist der Anteil stabilen Ungerechtigkeitsempfindens im unteren Teil der Einkommensverteilung,⁴ und die größte Stabilität in den als gerecht bewerteten Einkommen findet sich in den oberen Einkommensklassen. Es wird deutlich, dass eine Verbesserung im Zeitverlauf (Einkommen wird als gerechter erachtet) vor allem in den unteren zwei Einkommensgruppen (1. und 2. Dezil) stattgefunden hat. Zugleich sind es die Einkommensgruppen drei bis acht, die deutliche – und wie die nachfolgenden multivariaten Berechnungen zeigen – signifikante Zuwächse bei der empfundenen Einkommensungerechtigkeit aufweisen.

Hinweise auf Zusammenhänge zwischen der tatsächlichen Einkommensentwicklung und der Bewertung der Einkommenssituation bietet Tabelle 3. Personen, die 2005 in den unteren vier Einkommensgruppen waren, verzeichneten 2007 die deutlichsten Gewinne beim Bruttoeinkommen. Dies schlägt sich auch im Nettoeinkommen mit Zuwächsen von fünf bis über 50 Prozent nieder. Im obersten Dezil hingegen ist ein Rückgang des Einkommens zu beobachten.⁵ Diese differenzierte Entwicklung kommt auch in der subjektiven Bewertung des Einkommens zum Ausdruck. Der Anteil derjenigen, die sich ungerecht entlohnt fühlen, hat von 2005 bis 2007

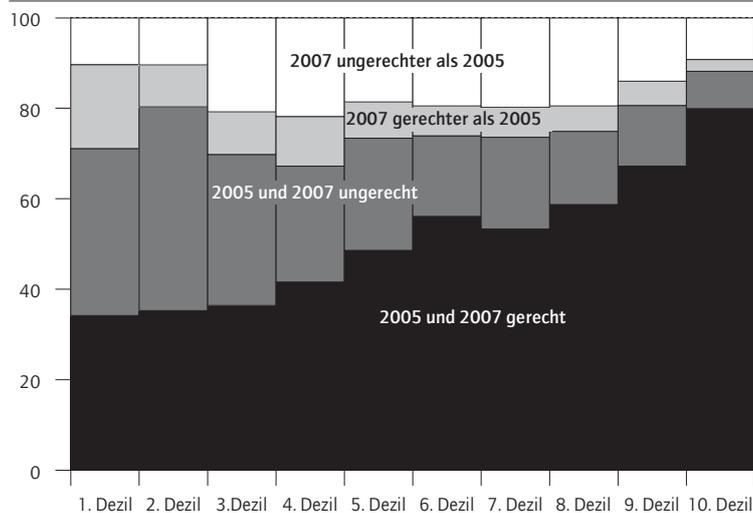
4 An anderer Stelle veröffentlichte Ergebnisse zeigen, dass Transferzahlungen des Staates, die insbesondere in den untersten Einkommensgruppen gezahlt werden, die individuellen Ungerechtigkeitsempfindungen im Hinblick auf das eigene Einkommen nicht kompensieren können; offen erkennbare Transferzahlungen werden von den erwerbstätigen Empfängern möglicherweise als diskriminierend empfunden. Vgl. Liebig, S., Schupp, J.: Leistungs- oder Bedarfsgerechtigkeit, a.a.O., 25.

5 Dieser Rückgang ist vor allem methodisch bedingt. Wegen der längsschnittlichen Kohortenbetrachtung können im obersten Dezil keine Aufstiege in eine höhere Gruppe stattfinden genauso wenig wie im untersten Dezil keine Abstiege erfolgen können.

Abbildung 1

Veränderungsmuster der empfundenen Einkommensgerechtigkeit nach Dezilen

In Prozent



Quellen: SOEP 2005, 2007; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

ab dem sechsten Einkommensdezil um mehr als 50 Prozent zugenommen. Es sind also gerade die Einkommensbezieher mit einem Bruttoeinkommen von mehr als 2 000 Euro im Monat, bei denen ein deutlicher Anstieg der Unzufriedenheit mit ihrem Einkommen zu beobachten ist. Insgesamt sind also zwei Entwicklungen erkennbar: Bei den unteren 40 bis 50 Prozent der Einkommensbezieher verbessert sich tendenziell die subjektive Einkommenssituation, bei den oberen 50 bis 60 Prozent nimmt dagegen das Gefühl zu, ein ungerechtfertigt niedriges Einkommen zu beziehen. Es gilt zwar nach wie

Tabelle 3

Arbeitseinkommen und empfundene Einkommensgerechtigkeit nach Dezilen

	Bruttomonatseinkommen		Bruttostundenlohn		Nettostundenlohn			Als ungerecht empfundene Entlohnung			
	2005		2007	Veränderung	2005	2007	Veränderung	2005	2007	Veränderung	
	Mittelwert in Euro		In Prozent		Mittelwert in Euro		In Prozent		Anteil in Prozent		In Prozentpunkten
1. Dezil	540	4,90	8,30	69,4	4,05	6,18	52,6	56	47	-8,2	-14,8
2. Dezil	1 000	8,15	9,14	12,1	5,96	6,50	9,1	54	55	1,1	2,0
3. Dezil	1 400	10,28	10,93	6,3	7,19	7,55	5,0	43	54	11,4	26,6
4. Dezil	1 700	12,21	12,95	6,1	8,20	8,66	5,6	37	47	10,8	29,5
5. Dezil	2 000	13,93	14,41	3,4	9,23	9,44	2,3	33	43	10,7	32,7
6. Dezil	2 300	15,62	16,00	2,4	10,13	10,42	2,9	24	37	13,1	53,9
7. Dezil	2 600	17,65	18,41	4,3	11,40	11,86	4,0	27	40	13,5	50,8
8. Dezil	3 000	20,44	20,76	1,6	12,77	13,19	3,3	21	36	14,3	66,8
9. Dezil	3 700	24,60	24,80	0,8	15,12	15,62	3,3	18	27	9,7	54,8
10. Dezil	5 400	36,21	34,84	-3,8	22,51	22,10	-1,8	11	18	6,9	65,1

N = 4732, längsschnittgewichtet.

Quelle: SOEP 2005, 2007

DIW Berlin 2008

vor, dass die Bewertung des eigenen Einkommens als gerecht mit der Einkommenshöhe steigt und die Einkommensminderung durch progressive Steuern und Abgaben nicht als Verletzung des Leistungsprinzips wahrgenommen wird.⁶ Gleichwohl konnten in den vergangenen Jahren offensichtlich gerade bei den mittleren Einkommensschichten Einkommenserwartungen und reale Einkommensentwicklung nicht in Einklang gebracht werden.

Mithilfe der individuellen Längsschnittdaten wurde in einem weiteren Schritt der Frage nachgegangen, ob neben den Veränderungen der Nettoeinkommen weitere soziale Regelmäßigkeiten identifiziert werden können, die zu steigendem Ungerechtigkeitsempfinden im Hinblick auf das eigene Einkommen führen (Tabelle 4). Überprüft man mit Hilfe logistischer Regressionsanalysen die Bestimmungsgründe von individuell entstandenem Ungerechtigkeitsempfinden des Jahres 2007 mit denen von 2005, so zeigt sich, dass bei Männern stärker als bei Frauen die empfundene Entlohnungsungerechtigkeit gestiegen ist. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind hingegen unter Berücksichtigung soziodemographischer Unterschiede nicht signifikant. Insbesondere Personen, die in Facharbeiterpositionen beschäftigt sind, bewerteten im Jahr 2007 im Unterschied zu 2005 ihr Einkommen als ungerecht. Hinsichtlich der Einkommen bestätigt sich der obige Befund, dass insbesondere in den mittleren Einkommenspositionen der Grad der wahrgenommenen Ungerechtigkeit zugenommen hat und zudem ein individuell gesunkenes Nettoeinkommen zu einem wachsenden Ungerechtigkeitsempfinden geführt hat. Aber auch zwischenzeitliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit haben – unabhängig von Einkommensveränderungen – einen Anstieg des individuellen Ungerechtigkeitsempfindens zur Folge. Ein Arbeitgeberwechsel führt hingegen tendenziell zu einer geringeren Wahrscheinlichkeit, der Gruppe der ungerecht Entlohnerten anzugehören. Ist der Arbeitgeberwechsel allerdings mit einer größeren Distanz zum Arbeitsplatz verbunden, verstärkt sich das Ungerechtigkeitsempfinden wieder.

Folgen empfundener Einkommensungerechtigkeit

Veränderungen in der subjektiven Bewertung des Einkommens können zwar auch für sich genommen interessant sein, etwa für die Einschätzung

⁶ Vgl. Liebig, S., Schupp, J.: Leistungs- oder Bedarfsgerechtigkeit, a.a.O., 22.

Tabelle 4

Determinanten der Zunahme empfundener Entlohnungsungerechtigkeit

Region	o
Geschlecht	+
Altersgruppen (Referenz: 18–30 Jahre alt)	
30 bis 35 Jahre alt	(+) ¹
35 bis 50 Jahre alt	o
50 bis 55 Jahre alt	+
56 bis 60 Jahre alt	o
älter als 60 Jahre	--
Bildung (Casmin)	o
Benötigte Ausbildung am Arbeitsplatz (Referenz: Kein Ausbildungsabschluss notwendig)	
Berufliche Ausbildung	+
Fach-/Hochschulabschluss	o
Nettostundenlohn 2005 (Einkommensdezile, Referenz: 1.–3. Dezil)	
4.–6. Dezil	+
7.–10. Dezil	o
Differenz Nettoeinkommen (2007–2005)	--
Differenz Arbeitszeit (2007–2005)	-
Differenz Arbeitslosigkeitserfahrung (in Tagen)	++
Entfernung zum Arbeitsplatz (in km)	o
Wechsel des Arbeitgebers	-
mit Einkommenserhöhung (Interaktion, Differenz in Euro)	o
mit größerer Entfernung zum Arbeitsplatz (Interaktion, km)	+
N	3 904
Wald Chi ² (47)	108,14

++/--: Irrtumswahrscheinlichkeit < 1 Prozent;
+/-: Irrtumswahrscheinlichkeit < 5 Prozent;
o: nicht signifikant.
+: wirkt erhöhend;
-: wirkt senkend.

¹ Irrtumswahrscheinlichkeit < 10 Prozent.

Quellen: SOEP 2005, 2006 und 2007

DIW Berlin 2008

der „Stimmungslage“ in einer Gesellschaft.⁷ Größere Bedeutung erlangen sie aber erst, wenn sich daraus Konsequenzen für das politische Verhalten der Bürgerinnen und Bürger ergeben. Dies wäre dann besonders gewichtig, wenn sich ein Anstieg der gefühlten Einkommensungerechtigkeit nicht nur in Verschiebungen der Stimmenanteile zwischen einzelnen Parteien und Politikern niederschläge, sondern zu einem generellen Überdruß führen und so zu einer Schwächung des politischen Systems beitragen würde.

⁷ Vgl. in dieser Argumentationslinie auch die aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten (mimeo). In einer früheren Arbeit konnte zudem auf den schwach signifikanten Zusammenhang zwischen Einkommensgerechtigkeit und Zweifeln an der eigenen Wahlbeteiligung bei der nächsten Bundestagswahl belegt werden. Vgl. Liebig, S., Schupp, J., a. a. O. Eine aktuelle Allensbach-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das marktwirtschaftliche System zurzeit auf eine „auffallende Skepsis – besonders in den unteren Sozialschichten, aber bis tief in die Mittelschicht hinein“ geprägt ist. Vgl. Köcher, R.: Das Bewusstsein der Mittelschicht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.7.2008, 8.

Tabelle 5

Krankheitsbedingte Fehltagel nach empfunderer Entlohnungsgerechtigkeit

	2004		2005		2006	
	Anteil der Personen ohne Fehltagel in Prozent	Mittelwert der Fehltagel	Anteil der Personen ohne Fehltagel in Prozent	Mittelwert der Fehltagel	Anteil der Personen ohne Fehltagel in Prozent	Mittelwert der Fehltagel
Alle Beschäftigten ¹	48	6,7	47	7,6	46	8,7
Einkommen 2005 ist gerecht	49	6,4	48	7,4	48	8,2
Einkommen 2005 ist ungerecht	46	7,8	45	8,3	43	10,7
Abhängig Beschäftigte	45	7,0	44	8,2	43	9,1
Einkommen 2005 ist gerecht	46	6,7	43	7,9	44	8,6
Einkommen 2005 ist ungerecht	44	7,9	41	9,0	41	11,5
Selbständige	73	4,4	73	3,5	73	5,5
Einkommen 2005 ist gerecht	72	3,9	72	3,7	74	5,6
Einkommen 2005 ist ungerecht	75	6,2	79	2,6	68	3,7

¹ Nur Personen mit durchgängiger Beschäftigung und nicht in Ausbildung von 2005 bis 2007.

Quelle: SOEP 2005, 2006, 2007.

DIW Berlin 2008

Die Bewertung des eigenen Einkommens kann außerdem auch Folgen für das individuelle Wohlbefinden sowie für die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit haben.⁸ Insbesondere gesundheitsvermindernde Effekte einer als ungerecht wahrgenommenen Entlohnung können – neben den Wirkungen auf der individuellen Ebene – auch volkswirtschaftliche Kosten verursachen.

So entstehen den Betrieben durch krankheitsbedingte Fehltagel ihrer Beschäftigten Nachteile in Form verminderter Arbeitsleistungen bei gleich bleibenden Kosten aufgrund der geltenden Lohnfortzahlung. Volkswirtschaftlich negativ wirken sich krankheitsbedingte Fehltagel durch die damit verbundene Inanspruchnahme von Leistungen der sozialen Sicherungssysteme aus. Mit Hilfe der Längsschnittdaten des SOEP kann zu diesem Problem empirische Evidenz vorgelegt werden. Untersucht wird, ob sich die wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit im Jahr 2005 in erhöhten Fehltageln in den Folgejahren niedergeschlagen hat.

Für die Gruppe der im Jahr 2005 und 2007 Beschäftigten ist die durchschnittliche Zahl der krankheitsbedingten Fehltagel im jeweiligen Vorjahr von 6,7 (im Jahr 2004) auf 8,7 Fehltagel (im Jahr 2006) gestiegen (Tabelle 5).⁹ In der Dif-

ferenzierung nach der subjektiven Bewertung des eigenen Einkommens im Jahr 2005 zeigt sich, dass abhängig Beschäftigte, die sich ungerecht entlohnt fühlen, im Jahr 2006 drei Fehltagel mehr aufwiesen als die Gruppe der subjektiv gerecht Entlohnnten.

In Tabelle 6 sind Ergebnisse eines entsprechenden Erklärungsmodells dargestellt. Die zu erklärende Variable sind die krankheitsbedingten Fehltagel der befragten Erwerbstätigen im Jahr 2006, wie sie in der SOEP-Erhebung 2007 erfragt wurden.¹⁰

Da für den individuellen Krankenstand vor allem andere Aspekte als die Einkommensbewertung relevant sein dürften, muss eine Reihe von Einflussfaktoren berücksichtigt werden, um Effekte der empfundenen Entlohnungsgerechtigkeit herausarbeiten zu können. So liegt dem Modell die Annahme zugrunde, dass die individuellen Fehltagel am Arbeitsplatz vom Alter, von der allgemeinen körperlichen und mentalen Gesundheit sowie vom Geschlecht und dem beruflichen Status bestimmt werden. Was Letzteres angeht, sind gerade Berufe mit niedrigem Status durch objektiv höhere Gesundheitsrisiken und schlechte Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. Bei diesen Kontrollvariablen wurden die entsprechenden Angaben und Werte aus dem Jahr 2006 verwendet, um eine möglichst zeitnahe Messung

⁸ Falk, A., Fehr, E., Zehnder, C.: Fairness Perceptions and Reservation Wages – The Behavioral Effects of Minimum Wage Laws. In: Quarterly Journal of Economics, 121 (4), 2006, 1347-1381; van Vegchel, N. et al.: Reviewing the Effort–Reward Imbalance Model: Drawing up the Balance of 45 Empirical Studies. In: Social Science & Medicine 60, 2005, 1117-1131; Siegrist, J. et al.: The Measurement of Effort-Reward Imbalance at Work: European Comparisons. In: Social Science and Medicine 58, 2004, 1483-1499 sowie Siegrist, J., Dragano, N.: Berufliche Belastungen und Gesundheit. In: Claus Wendt und Christof Wolf (Hrsg.): Soziologie der Gesundheit. Wiesbaden 2006, 109-124.

⁹ Krankheitsbedingte Arbeitslosigkeit und Übergänge in Nicht-Erwerbstätigkeit werden bei dieser Analyse ausgeschlossen. Damit wird der Effekt der gefühlten Ungerechtigkeit eher konservativ geschätzt. Die im SOEP ausgewiesenen Krankheitstage sind nicht direkt mit

den Daten von Krankenkassen zu krankheitsbedingten Fehlzeiten vergleichbar. Im SOEP werden nur die Anteile von durchgängig Beschäftigten ausgewiesen, zudem werden auch Karenztage berichtet, die in den Daten der Krankenkassen nicht enthalten sind. In der Gesamtwirtschaft sind in dem Berichtszeitraum die Fehlzeiten vermutlich tendenziell gesunken. Vgl. Küsgens, I. et al.: Krankheitsbedingte Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft im Jahr 2006. In: Badura, B. et al. (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2007. Heidelberg 2008, 261 ff.

¹⁰ Die statistischen Analysen erfolgten mit Hilfe von sogenannten Zählmodellen (Negativ-Binomial-Regressionen) bei der die abhängige Variable eine Zählgröße darstellt.

Tabelle 6

Determinanten krankheitsbedingter Fehltage 2006

Region	o
Geschlecht	o
Alter	++
Bildung (Casmin)	---
Beruflicher Status (ISEI)	---
Bruttostundenlohn 2005	-
Differenz des Bruttostundenlohns 2006 gegenüber 2005	--
Erwerbseinkommen 2005 war ungerecht	+
Fehltage im Jahr 2004	+++
Physische Gesundheit (PCS)	---
Mentale Gesundheit (MCS)	---
N	4 702
Wald chi ² (25)	367,66

+++/--: Irrtumswahrscheinlichkeit < 0,1 Prozent;

++/--: Irrtumswahrscheinlichkeit < 1 Prozent;

+/-: Irrtumswahrscheinlichkeit < 5 Prozent;

o: nicht signifikant.

+: wirkt erhöhend;

-: wirkt senkend.

Quellen: SOEP 2005, 2006 und 2007

DIW Berlin 2008

zu erhalten. Es ist davon auszugehen, dass die Neigung bei gesundheitlichen Einschränkungen nicht am Arbeitsplatz zu erscheinen, individuell unterschiedlich ist.¹¹ Deshalb werden auch die

JEL Classification:
D31, D63

Keywords:
Justice,
SOEP,
Inequality

¹¹ Vgl. hierzu Kocyba, H., Voswinkel, S.: Krankheitsverleugnung – Das Janusgesicht sinkender Fehlzeiten. In: WSI Mitteilungen, Heft 3/2007, 131-137.

Fehltage, die die Befragten für das Jahr 2004 berichteten, in die Analyse einbezogen. Die Ergebnisse zeigen, dass diejenigen, die ihr Einkommen im Jahr 2005 als ungerecht bewerteten, eine statistisch signifikant höhere Zahl von Fehltagen im Jahr 2006 aufweisen.

Fazit

Anhand eines Zeitvergleichs der Bewertung des eigenen Nettoeinkommens in den Jahren 2005 und 2007 lassen sich zwei Entwicklungen feststellen: (1) Insgesamt kommt es im Zeitverlauf zu einer Erhöhung der wahrgenommenen Einkommensungerechtigkeit. Dabei steigt der Anteil an Erwerbstätigen, die ihr Einkommen als ungerechtfertigt niedrig empfinden in Westdeutschland deutlich stärker als in Ostdeutschland. (2) Besonders deutlich ist der Anstieg der gefühlten Entlohnungsungerechtigkeit in den mittleren Einkommensgruppen. Zugleich machen die hier präsentierten Ergebnisse deutlich, dass Gerechtigkeitsempfindungen durchaus auch gesellschaftspolitisch relevante Konsequenzen haben. So weisen diejenigen, die sich ungerecht entlohnt fühlen, mehr krankheitsbedingte Fehltage auf als andere Beschäftigte. Insofern sollten sowohl die Wirtschaft, als auch die Politik Fragen der Zufriedenheit sowie des Gerechtigkeitsempfindens bei der Entlohnung verstärkt Aufmerksamkeit widmen werden.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.